

IFK AKTUELL



Aus dem Inhalt

Konfliktdynamik

Konflikttrends

Herausforderung
Konfliktmanagement

Internationales Konflikt- und Krisenmanagement



Herausforderung der Zukunft

Neuerscheinungen

In der Reihe

Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement



Krisenmanagement in Afrika Erwartungen - Möglichkeiten - Grenzen

Dieser Band macht deutlich, warum sich die EU in Afrika engagieren soll und weshalb es nötig ist, sich von traditionell-westlichen Konfliktvorstellungen zu lösen. Er zeigt aber auch auf, dass trotz ernsthafter Bemühungen afrikanischer Sicherheitsorganisationen auf absehbare Zeit Hilfe und Unterstützung von außen unverzichtbar bleibt. Die Frage ist nur, wer von den alten und neue Großmächten sich dieser Herausforderung stellen wird.

In der Reihe

IFK Aktuell



Private Militärfirmen – Geschäft mit dem Krieg

Diese Ausgabe beleuchtet den weltweiten Einsatz und den Hintergrund für ihren rasanten Aufstieg sowie die Probleme einer effektiven Tätigkeits- und Qualitätskontrolle. Neben dem Dienstleistungsspektrum werden auch die wesentlichen politischen, rechtlichen und militärischen Problembereiche ausgeführt, die sich durch den Einsatz von privaten Militärfirmen in den aktuellen Konfliktzonen ergeben.

In der Reihe

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie



Religiöser Extremismus vs. internationale Friedensbemühungen – Lessons Learned und präventive Strategien im Nahen Osten und am Westbalkan

Das Buch behandelt am Beispiel West- Balkan und Naher Osten die Frage, welche präventive Strategien internationale Akteure entwickeln sollten, um mit ihrem Engagement adäquat auf die Herausforderungen eines religiös legitimierten Extremismus reagieren zu können.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser!

Diese Broschüre stellt einen Beitrag zur Information der österreichischen Gesellschaft über sicherheitspolitische Entwicklungen dar. **IFK Aktuell** folgt damit der Empfehlung der Österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, die Bevölkerung umfassend und laufend über die Sicherheitslage im In- und Ausland zu informieren.



IFK Aktuell zielt darauf ab, die Lücke zwischen dem Erfahrungsaustausch im kleinen Expertenkreis und der täglichen Berichterstattung in den Medien zu schließen. Es wird von den Forschern des Institutes für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) der Landesverteidigungsakademie (LVak/BMLVS) erstellt. Die Analysen erscheinen in unregelmäßigen Abständen und beleuchten aktuelle internationale Krisen und Konflikte und Ansätze zu deren Bewältigung. Weiters wird auf neue Trends und Erscheinungsformen im Zusammenhang mit internationalem Krisenmanagement hingewiesen. Die Inhalte von IFK Aktuell finden Sie auch auf der Homepage des BMLVS unter:

www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml

Der Institutsleiter
Bgdr Dr. Walter Feichtinger

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement

Herausforderungen im 21. Jahrhundert

Seit Ende des Kalten Krieges 1989 stieg die Anzahl der Friedensmissionen ständig an. Noch nie waren so viele Personen im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement im Einsatz wie derzeit. Aber das Bild der Friedenseinsätze hat sich gewandelt. Konflikte werden vermehrt innerhalb von Staaten ausgetragen, die allerdings regionale oder globale Auswirkungen haben können. Aus diesem Grund werden die Maßnahmen des Krisen- und Konfliktmanagements zu einer bedeutenden sicherheitspolitischen Aufgabe.

Die Herausforderungen sind zahlreich. Unsicherheiten, Gefahren und Bedrohungen sind nicht mehr nur rein militärischer Natur. Auch Fragen von Ressourcenverteilung, Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung, Demographie und Migration sind Bestandteil der sicherheitspolitischen Debatte. Piraterie stellt neben Terrorismus ein neues ernstzunehmendes Phänomen dar, das die internationale Gemeinschaft immer mehr beschäftigt.

Die Anforderungen an das Krisen- und Konfliktmanagement werden daher immer komplexer. Methoden und Instrumente müssen flexibel angepasst werden und reichen von diplomatischen Bemühungen über wirtschaftliche Hilfestellungen bis zu militärischen Interventionen aus humanitären Gründen. Aufgrund der Komplexität ist Zusammenarbeit das Gebot der Stunde. Diese erfolgt sowohl auf der Ebene von internationalen Organisationen wie der UNO und der OSZE, aber auch und vermehrt im Rahmen der Europäischen Union. Umfassendes Krisen- und Konfliktmanagement bleibt aber nicht nur auf zwischenstaatliches Zusammenwirken beschränkt, sondern erfordert umfassende Strategien und vermehrt eine zivil-militärische Kooperation, um nachhaltige Lösungen erreichen zu können.

Inhalt	Konfliktdynamik	Seite 4
	Konflikttrends	Seite 5
	Unsicherheiten, Gefahren und Bedrohungen	
	Ressourcenknappheit	
	Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung	
	Demographie und Migration	
	Piraterie	
	Terrorismus	
	Herausforderung Konfliktmanagement	Seite 10
	Neue Herausforderungen	
Methoden und Instrumente		
Akteure		
Trends im Konfliktmanagement		
Resümee	Seite 13	

Konfliktdynamik

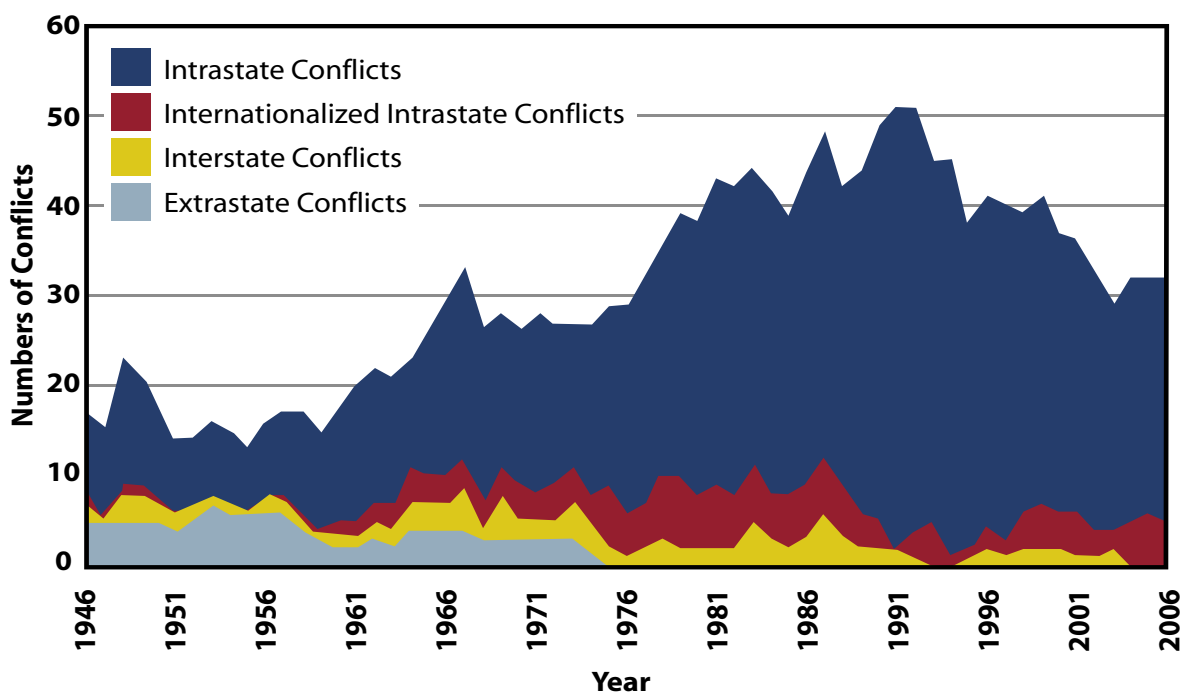
Die Sichtweise auf Krisen und Konflikte hat sich nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation geändert. Bis in die 1990er Jahre wurden nur zwischenstaatliche Konflikte als Kriege gesehen, innerstaatliche Konflikte wurden als Bürgerkriege abgehandelt. Dominierten bis zu diesem Zeitpunkt so genannte „Stellvertreterkriege“, so werden Konflikte heute in den meisten Fällen als lokal und/oder regional wahrgenommen - mit weltweiten Auswirkungen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts war und ist es vor allem die Lage in Afghanistan, im Irak und in mehreren Konflikten in Afrika, die zu einem Umdenkprozess im Krisen- und Konfliktmanagement herausfordert. Sowohl die Sichtweisen auf Konflikte als auch deren Austragungsformen haben sich teilweise verändert. Die Auswirkungen spüren vor allem die betroffenen Bevölkerungen. Aus diesem Grund unterlag auch die Konfliktbearbeitung einem Wandel. Klassische UN-Friedenseinsätze zur Überwachung eines Waffenstillstands oder Grenzverlaufs verloren an Bedeutung. Maßnahmen des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements rückten ins Zentrum sicherheitspolitischer Aktivitäten.

Der Human Security Brief 2007 zeigt die Entwicklung der Konflikttrends von 1946 bis 2006. Zwei der treibenden Kräfte für den starken Anstieg zu Beginn der 1960er Jahre bis 1992 sind weggefallen. Ein Faktor waren die Unabhängigkeitskriege gegen die Kolonialmächte, die 1974 endeten. In der Grafik werden sie mit Extrastate Conflicts benannt. Ein zweiter Faktor war der Kalte

■ Konfliktgegenstand

Der Konfliktgegenstand, also der Grund, weshalb ein Konflikt ausgetragen wird, kann sowohl knappe Güter als auch Normierungen betreffen. Im Falle knapper Güter steht deren Verteilung in der Gesellschaft im Mittelpunkt. Dazu zählen neben materiellen Werten wie Geld und Besitz auch Macht, Herrschaft und Status in der Gesellschaft (Prestige). Aber auch soziale Normierungen und Normen können den Gegenstand von Konflikten bilden, wenn Werte oder Wertvorstellungen inhaltlich umstritten sind. Von diesen Normierungsversuchen können sowohl einzelne Regeln des Zusammenlebens als auch Regelsysteme von Gesellschaften betroffen sein.

Krieg. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation stellten sowohl die USA als auch die ehemalige UdSSR ihre Unterstützung für Stellvertreterkonflikte ein. Gegenwärtig ist der überwiegende Teil der 32 Konflikte innerstaatlicher Natur. Internationalisierte innerstaatliche Konflikte wären demnach Auseinandersetzungen auf dem Gebiet eines Staates unter der Beteiligung ausländischer militärischer Kräfte. Statistischen Angaben zufolge ist die Anzahl von Zivilisten als Opfer ständig gestiegen. Seit den 1990er Jahren gehören 90% der Opfer von Gewaltakten dieser Personengruppe an.



Quelle: Human Security Brief 2007

Konflikttrends

Grundsätzlich haben sich in den letzten Jahren mehrere Trends herauskristallisiert. Insbesondere schwache Staaten, das Scheitern von Staaten sowie die innerstaatliche Dimension der Konflikte dominierten das Bild seit 1989. Die Veränderungen betreffen aber auch die Anzahl und Art der beteiligten Akteure. Laut Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) lassen sich die Akteure in direkte (am Konfliktgeschehen beteiligt) und unmittelbare (Unterstützer und Intervenierende) unterscheiden. Hinsichtlich der Intensität der Konfliktaustragung und der eingesetzten Mittel ist ebenfalls ein Wandel erkennbar. Die Anzahl der getöteten Kämpfer hat seit Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich abgenommen. Da die meisten Konflikte innerstaatlich sind, kommen internationale Regeln der Konfliktaustragung oftmals nicht zum Tragen. Internationalisiert werden die Konflikte durch die Beteiligung externer Akteure wie beispielsweise im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

Unsicherheiten, Gefahren und Bedrohungen

Der politische und somit auch sicherheitspolitische Wandel nach 1989 führte nicht wie erwartet zu einer sicheren Welt, sondern brachte eine Vielzahl an geänderten Bedrohungsformen und eine geänderte Wahrnehmung der Bedrohung mit sich. Derzeit scheint kein Land in der Lage zu sein, die gegenwärtigen Sicherheitsprobleme ohne die Unterstützung anderer Staaten zu lösen. Das Territorium von schwachen und gescheiterten Staaten kann zum Ausgangspunkt vielfältiger Bedrohungen der internationalen und nationalen Ordnung werden. Piraterie (z.B. Somalia) und Terrorismus (z.B. Afghanistan) sind Auswirkungen dieser Entwicklung.

Die Entstehung neuer radikaler Gruppierungen (z.B. Front Révolutionnaire Afghan, Deccan Mujahedeen) trägt ebenso zu diesen geänderten Herausforderungen bei wie das Erstarken geopolitisch bedeutender Akteure. Dazu zählen beispielsweise China, Indien und Russland, aber auch Staaten wie Nordkorea oder der Iran, die ihr Bedrohungspotential bewusst oder unbewusst betonen.

Gegenwärtige Konflikte und ihre Erscheinungsformen sind vielfältig. Sie reichen von nur schwer abschätzbaren Entwicklungen (Unsicherheiten) über potentielle Gefahren bis zu realen Bedrohungen.

Ressourcenknappheit

Der weltweit steigende Bedarf an Erdöl und Erdgas führt zu einem Wettlauf um diese Ressourcen. Je stärker der „Ressourcenhunger“ wächst und je mehr Staaten diese Ressourcen nachfragen, desto wahrscheinlicher werden Auseinandersetzungen, die bis zu



Bild: BMLVS / HBF

Österreichische Soldaten im Dienste der UN

gewaltsamen Verteilungskämpfen führen könnten. Ein Beispiel, wie verwundbar Industriestaaten im Bereich der Energieversorgung sind, war Anfang 2009 die Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine. Mehrere europäische Staaten waren durch das Einstellen der Gaslieferungen direkt von diesem Konflikt betroffen. Nach der „Long Term Studie“ der EU wächst die globale Energienachfrage bis 2030 um 50%. Die Nachfrage nach Erdöl wird um ca. 40% und nach Erdgas um bis zu 90% ansteigen. Ein Wettstreit zur Sicherung zukünftiger Energieressourcen und damit die Rivalität um Macht und Einfluss hat schon begonnen. Problematisch ist bereits das chinesische Streben nach afrikanischem Erdöl oder die Monopolstellung Russlands bei Erdgaslieferungen nach Europa.

„Die Gaskrise hat gezeigt, wie abhängig einige Mitgliedstaaten von russischen Gaslieferungen durch ein einziges Transitland sind.“

Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik

Auswirkungen auf Konflikte haben aber nicht nur der Abbau und die Verteilung von Ressourcen im Energiebereich. Wie sehr das tägliche Leben vom Zugang zu Ressourcen abhängt, zeigt das Beispiel des Minerals Coltan, das zur Produktion von Mobiltelefonen benötigt wird. Beinahe das gesamte Welt-Coltanvorkommen liegt in der Region der Großen Seen in Afrika. Um diesen „Schatz“ wird bereits seit Jahren über die Grenzen hinweg immer wieder erbittert gekämpft.

Umweltverschmutzung und Klimaerwärmung

Die zunehmende Umweltverschmutzung betrifft die ganze Welt. Die Auswirkungen der Erderwärmung bergen auch sicherheitspolitische Gefahren. Besonders fatale Auswirkungen werden Umweltverschmutzungen wie zum Beispiel die gestiegene Konzentration von Kohlendioxid (CO₂) und die damit in Zusammenhang gebrachte Klimaveränderung mit sich bringen. Erderwärmung führt zu Dürren und Überschwemmungen, von denen jene Staaten besonders betroffen sind, die am Ausstoß von Treibhausgasen am geringsten beteiligt sind. Zudem führt zunehmender weltweiter Wohlstand auch zu einem weiteren Anstieg der Treibhausgas-Emissionen, wodurch erhebliche Umweltkatastrophen zu erwarten sind, wenn nicht massiv neue Technologien zum Einsatz kommen.

Nach einer von Global 2000 zitierten US-Studie aus dem Jahr 2007 wird sich die Durchschnittstemperatur in Österreich bis 2050 um 2,5 Grad erhöhen. Für den Mittelmeerraum wird sogar ein Anstieg der Tageshöchstwerte um vier bis sieben Grad bis zum Jahr 2100 vorhergesagt. Dies hätte enorme Auswirkungen auf Mensch und Natur. Erste Folgen sind laut Global 2000 bereits spürbar. So sollen 2003 bei einer Hitzewelle in Frankreich rund 15.000 Menschen gestorben sein. Durch das Abschmelzen von Polareis wird der Meeresspiegel steigen, was wiederum küstennahe Landstriche zum Verschwinden bringen wird – d.h. die Landmasse wird sich verkleinern. Umfangreiche Abwanderungen ins Landesinnere

Abbildung aufgrund von Copyright-Bestimmungen entfernt.

Soldaten bei der aufwändigen Reinigung einer ölverschmutzten Küste nach einem Tankerunfall

werden die Folge sein. Die Klimaerwärmung hat auch enorme Auswirkungen auf die Produktion von Nahrungsmitteln. Krankheiten, wie sie gegenwärtig nur aus tropischen oder subtropischen Regionen bekannt sind, werden sich Richtung Norden und Süden ausbreiten. Des Weiteren bringen Wasser und Nahrungsmittelknappheit eine Verschiebung von Bevölkerungen aus unterversorgten Räumen in Gebiete mit noch „gemäßigeren“ Zonen.

Für die Menschen in betroffenen Gebieten wird es damit immer schwieriger, ihr Überleben zu sichern. Besonders in Regionen mit einem hohen Anteil an Landbevölkerung wird ein starkes Anwachsen der Urbanisierung zu einem hohen Druck auf Stadtverwaltungen führen. Obwohl Binnenmigration das Hauptphänomen bleiben wird, wird sich der Migrationsdruck auf jene Regionen, die von den Auswirkungen der Klimaerwärmung weniger berührt werden, ebenfalls verstärken. Es ist zu befürchten, dass diese Veränderungen nicht immer friedlich bewältigt werden können.

Demographie und Migration

Demographische Entwicklungen sind mit Migration eng verschmolzen und gelten gegenwärtig im sicherheitspolitischen Diskurs weltweit als besonders beachtenswert. Derzeit sinkende Geburtenraten in westlichen Gesellschaften können noch durch steigende Lebenserwartung ausgeglichen werden. Demographische Trends weisen jedoch auf Einwanderungsbedarf in westlichen Gesellschaften hin. Die Europäische Union folgert in ihrer „Long Term Vision“, dass demographische Veränderungen einen enormen Einfluss auf die öffentlichen Haushalte der EU-Mitgliedsstaaten mit ihren steigenden Gesundheits- und Pensionskosten haben werden. So sollen beispielsweise diese Ausgaben aufgrund einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung von gegenwärtig 11-16% auf 17-33% ansteigen. Die demographischen Entwicklungen werden aber auch Auswirkungen auf Streitkräfte haben. Die Anzahl potentieller Rekruten im Alter von 16-30 Jahren wird bis zum Jahr 2025 um 15% sinken.

Möglicherweise können Defizite der demographischen Entwicklung durch kontrollierte Migration ausgeglichen werden, da sinkenden Geburtenraten in Europa hohe Geburtenraten in anderen Regionen der Welt gegenüber stehen. In einer Studie des österreichischen Integrationsfonds wird prognostiziert, dass bis 2050 die österreichische Bevölkerung auf 9,5 Mio. Einwohner anwachsen wird. Ohne Zuwanderungsgewinne würde die Bevölkerung auf 7,3 Mio. Einwohner schrumpfen. Gesellschafts- und sozialpolitische Auswirkungen stehen damit in ursächlichem Zusammenhang. Zuwanderung gilt als ein mögliches Lösungskonzept. Migration – vor allem aus anderen Regionen der Erde – stellt aber sowohl für die aufnehmende Gesellschaft wie auch an die Zuwanderer eine enorme Herausforderung dar. Mangelhafte Integration und soziale Benachteiligung fördern Vorurteile und Diskriminierung und können zu negativen sicherheitspolitischen Entwicklungen führen. Umso wichtiger sind daher integrative Konzepte.

Ein Sonderform von Migration stellt irreguläre Migration dar, da sie durch Begleiterscheinungen wie zum Beispiel organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel, Terrorismus und

Prostitution Migration an sich in Misskredit gebracht hat. Da diese Begleiterscheinungen aber wesentliche Bestandteile einer umfassenden sicherheitspolitischen Diskussion sind, muss auch diesem Faktor Rechnung getragen werden. Eine wesentliche Rolle spielen dabei auch völlig überzogene, unrealistische Vorstellungen vom Leben im „reichen Westen“.

Piraterie

Piraterie wird von der breiten Öffentlichkeit erst seit den zahlreichen Überfällen im Golf von Aden und vor der Küste von Somalia als Bedrohung wahrgenommen. Eine Studie der International Maritime Organization (IMO) in London zeigt jedoch, dass Piraterie bereits seit Anfang der 90er Jahre im Steigen begriffen ist und Ende der 1990er Jahre einen vorläufigen Höchststand erreichte. Piraterie ist nach wie vor an den Küsten Indonesiens, an der Westküste Afrikas vor Nigeria sowie im Nordteil Südamerikas eine ständige Bedrohung. 2006 wurden insgesamt 173 Überfälle registriert. 2007 erfolgten laut IMO weltweit 206 Piratenüberfälle. Besonders betroffen waren Gebiete um das Südchinesische Meer, den Indischen Ozean sowie Ost- und Westafrika. 2008 waren allein im Golf von Aden mehr als 200 Angriffe zu verzeichnen.

Die Bedrohung durch Piraten erlangte 2008 durch spektakuläre Überfälle entlang der somalischen Küste eine enorme Medienpräsenz, wobei vor allem die Größe der gekaperten Handelsschiffe für Erstaunen sorgte. Die öffentliche Meinung, die besonders durch das Kapern großer Schiffe mit brisanter Ladung (z.B. der mit T-72 Kampfpanzern und Munition beladene ukrainische Frachter „Faina“) beeinflusst wird sowie der enorme ökonomische Schaden

■ Definition Piraterie

Gemäß Präambel der Konvention des Seerechts der Vereinten Nation von 10. Dezember 1982 liegt Piraterie dann vor, wenn sinngemäß eine der folgenden Handlungen ausgeführt wird:

- (a) jegliche Form von illegaler Gewalttat, Inhaftierung, oder Verwüstung, begangen zu privaten Zwecken durch die Besatzung oder die Passagiere eines privaten Schiffes oder eines privaten Flugzeuges, und gerichtet gegen:
 - (i) ein anderes Schiff oder Flugzeug, oder gegen Personen und Eigentum an Bord eines solchen Schiffes oder Flugzeuges auf hoher See;
 - (ii) ein Schiff, Flugzeug, Personen oder Eigentum in einem Gebiet außerhalb des Zuständigkeitsbereiches eines Staates;
- (b) jegliche freiwillige Teilnahme am Einsatz eines Schiffes oder eines Flugzeuges zu wissentlichen Pirateriezwecken;
- (c) jegliches Anstiften oder Ermuntern zu einer Tat beschrieben in den Unterparagrafen (a) und (b).

führten letztendlich dazu, dass die internationale Gemeinschaft mit militärischen Mitteln auf Piraterie reagierte. Während Staaten wie Indien und China eigene Kriegsschiffe entsandten, entschlossen sich die Mitgliedsstaaten der EU zu einer gemeinsamen Operation unter dem Namen „EUNAVFOR Atalanta“. Die Piraten verfügen

generell über sehr gute technische Ausrüstungen. Darüber hinaus sollen sie ein weit verzweigtes Netz von Informanten in verschiedenen Häfen haben. Als Begründung für Piraterie dient in vielen Fällen die schlechte sozio-ökonomische Lage in ihren Herkunftsgebieten. Eine besondere Bedrohung durch Piraterie geht weniger von der angewandten Methode und Taktik, als vielmehr von möglichen Nachahmungseffekten für terroristische Zwecke aus.

Terrorismus

Terrorismus als Form der Konfliktaustragung ist spätestens seit 2001 ein wichtiger Faktor in sicherheitspolitischen Bedrohungsanalysen, nicht zuletzt deshalb, weil Terrorismus in der medialen Berichterstattung oftmals zur Hauptbedrohung hochstilisiert wird. Während es für Piraterie eine allgemein anerkannte Definition auf UN-Ebene gibt, konnte über Terrorismus bislang keine Einigung erzielt werden.

Obwohl Terrorismus kein homogenes Phänomen ist, lässt sich ein allgemeiner Trend zu kleinen, unabhängigen Zellen erkennen. Begründet wird diese Entwicklung einerseits durch Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung, andererseits erhoffen sich die Terroristen, dadurch effizienter agieren zu können. Das Internet spielt als Kommunikationsplattform für terroristische Organisationen und Gruppierungen dabei eine wichtige Rolle. Es kann verschiedene Funktionen erfüllen, die von Radikalisierung und Instrumentalisierung bis zu Rekrutierung und Ausbildung reichen kann. Das Internet wird aber auch dazu genutzt, um Botschaften als Reaktion auf internationale politische Ereignisse oder Jahrestage zu verbreiten und auf diese Weise Einfluss auf die internationale Politik auszuüben. Al Qaida nutzte dieses Medium beispielsweise für Kommentare und Drohungen im Kontext der US-Präsidentenwahlkämpfe. Terrorismusforscher geben zu bedenken, dass neben konventionellen Anschlägen auf wichtige Infrastruktur (z. B. Verkehrswege, Energie- und Grundnahrungsmittelbereitsteller) auch Angriffe über das Internet erfolgen könnten.

Nach einer Studie des Außenministeriums der USA wurden 2007 weltweit 14.499 Terroranschläge ausgeführt. Über 6.000 Anschläge erfolgten allein im Irak und in Afghanistan. Dabei wurden 22.685 Menschen getötet und 44.310 verletzt.

Laut Jahresbericht von Europol stellt sich die Bedrohung durch Terrorismus folgendermaßen dar: 2007 gab es innerhalb der EU 583 Ereignisse, die im Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen stehen. Das bedeutet gegenüber 2006 eine Steigerung von ca. 15 Prozent. Einen höheren Anstieg weisen die Daten für jene Personen aus, die wegen Terrorismus festgenommen wurden. Waren es 2006 insgesamt 706, erhöhte sich die Anzahl 2007 auf 1044 – eine Steigerung von rund 32 Prozent.

Der britische Inlandsgeheimdienst MI5 schätzt, dass sich die Zahl militanter Islamisten von 1.600 im Jahre 2006 auf 2.000 im Folgejahr erhöht hat. Der Leiter des MI5 nimmt an, dass weitere 2.000 Personen, die den Behörden nicht bekannt sind, Teil islamistischer militanter Strukturen sein könnten.

KRISENHERDE UND FRIEDENSMISSIONEN 2009

KRISENHERDE OHNE ENGAGEMENT INTERNATIONALER REGIERUNGSORGANISATIONEN (IGOs; AUSZUG)

Nigeria	Konflikte um Ideologie, Ressourcen, regionale Vorherrschaft
Somalia	Interne Konflikte; keine funktionierende Staatlichkeit
Kolumbien	Regierung vs. Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC)
Indien	Islamistische Gruppierungen, andere interne Konflikte
Pakistan	Taliban, Sunniten vs. Schiiten
Sri Lanka	Tamilische Rebellen (Liberation Tigers of Tamil Eelam - LTTE)
Philippinen	Islamistische Gruppierungen; kommunistische Gruppierungen
Thailand	Muslimische Separatisten

AMERIKA

MINUSTAH	UN Stabilization Mission in Haiti
----------	-----------------------------------

WEST-BALKAN

RACVIAC	Regional Arms Control Verification and Implementation Assistance Centre
EUFOR Althea	EU Force Althea
EUPM	EU Police Mission
KFOR	Kosovo Force
UNMIK	UN Interim Administration Mission in Kosovo
EULEX Kosovo	EU Rule of Law Mission in Kosovo

West-Sahara	2 MINURSO
	350 Personen April 1994

Haiti	MINUSTAH
	10 911 Personen Juni 2004

Guinea-Bissau	EU SSR Guinea-Bissau
	21 Personen Mai 2008

Liberia	UNMIL
	14 391 Personen September 2003

Elfenbeinküste	UNOCI
	23 903 Personen April 2004

Zentralafrikanische Republik und Tschad	164 EUFOR TCHAD/CAR
	3 247 Personen März 2007
	MINURCAT
	586 Personen September 2006

Demokratische Republik Kongo	MONUC
	19 957 Personen November 2003
	EUPOL RD Congo
	39 Personen
	1 EUSEC RD Congo
	46 Personen

Kroatien	1 RACVIAC
	43 Personen Oktober 2000

OSCE - Zagreb	9 Personen Dezember 2007
---------------	--------------------------

Bosnien und Herzegowina	113 EUFOR Althea
	2 157 Personen Dezember 2004

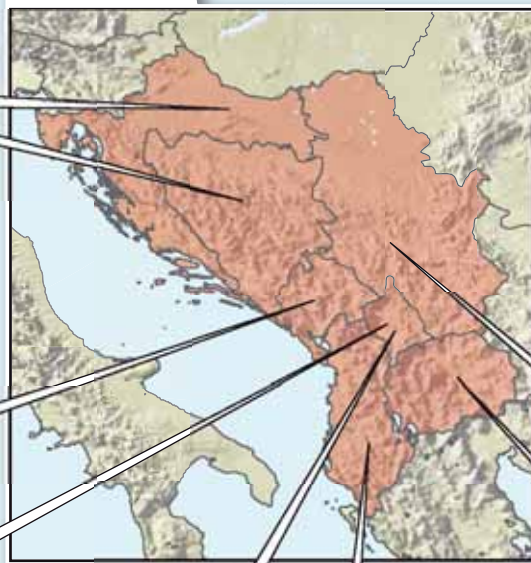
EUPM	195 Personen Jänner 2003
------	--------------------------

OSCE - Bosnien und Herzegowina	101 Personen Dezember 1995
--------------------------------	----------------------------

Montenegro	OSCE - Montenegro
	15 Personen Juni 2006

Kosovo	UNMIK
	2 637 Personen Juni 1999
	EULEX Kosovo
	350 Personen Februar 2008

West-Balkan



Kosovo	667 KFOR
	14 759 Personen Juni 1999

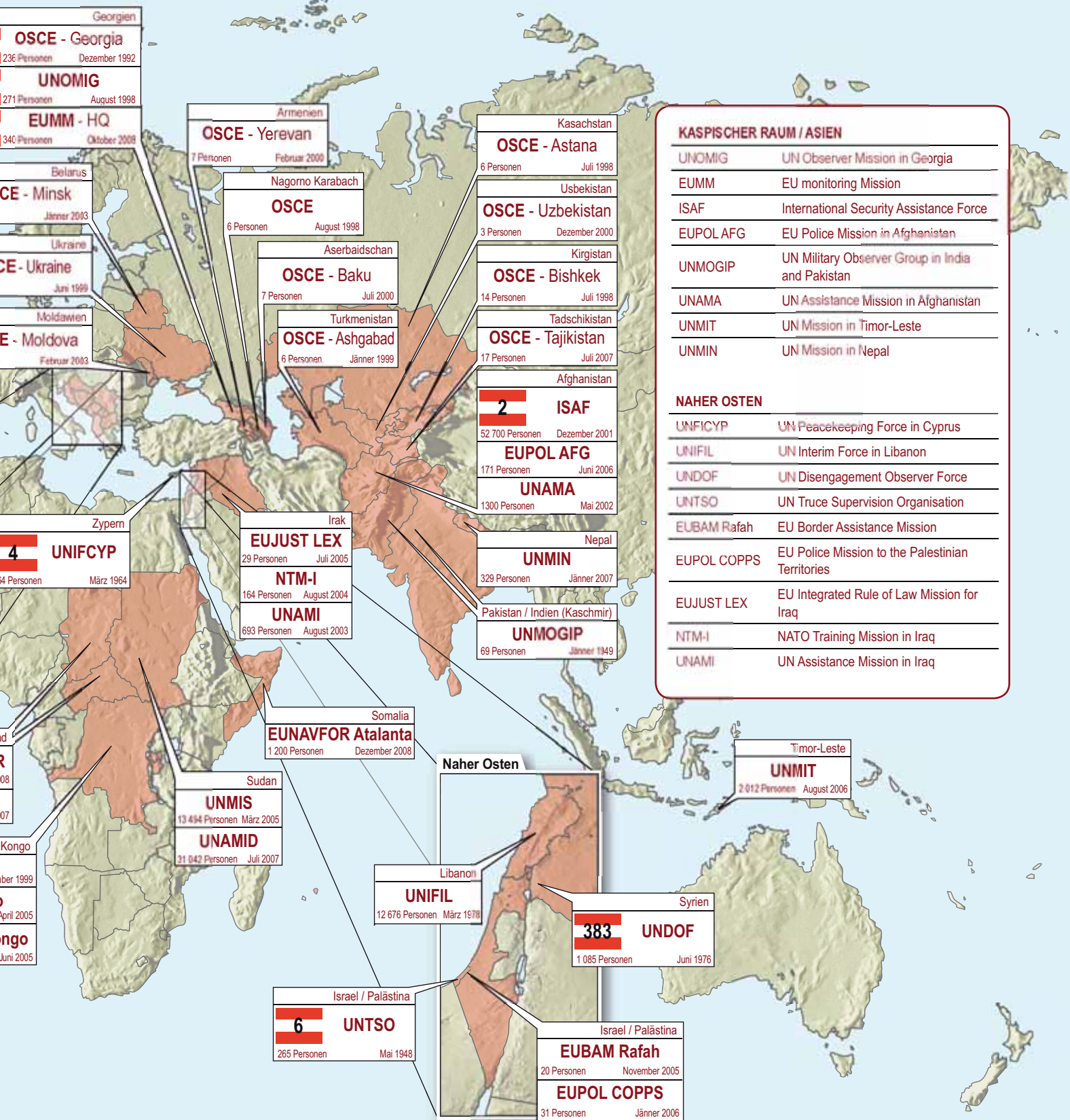
Albanien	OSCE - Albania
	30 Personen März 1997

Serbien	OSCE - Serbia
	43 Personen Jänner 2001

Mazedonien	OSCE - Skopje
	92 Personen April 2005

AFRIKA

EUNAVFOR Atalanta	EU Naval Force
UNMIS	UN Mission in Sudan
UNAMID	African Union Mission in Darfur
EUPOL RD Congo	EU Police Mission in the Democratic Republic of Congo
EUSEC RD Congo	EU Security Sector Reform Mission in the Democratic Republic of Congo
MONUC	Mission for the Organization of the United Nations in the Democratic Republic of Congo
MINURCAT	UN Mission in Chad and the Central African Republic



Force

on in the Sudan

ion/UN Hybrid Operation in Darfur

Mission to the Democratic Republic of the

ity Sector Reform Mission in the Democratic

of the Congo

e l'ONU en RD Congo

on in the Central African Republic and Chad

EUFOR TCHAD/CAR	EU Military Operation in the Republic of Chad and the Central African Republic
UNOCI	UN Operation in Côte d'Ivoire
UNMIL	UN Mission in Liberia
EU SSR Guinea-Bissau	EU Mission in Support of Security Sector Reform
UNOWA	UN Office in West Africa (Sitz des HQ in Senegal)
MINURSO	Misión de las NU para la Organización del Referéndum en el Sáhara Occidental



Landesverteidigungsakademie Wien

Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Grafik: LVAk / Medienstelle / Alexander Erb

Stand: Jänner 2009

Herausforderung Konfliktmanagement

Internationales Krisen- und Konfliktmanagement reicht von Vermittlungsgesprächen bis zum Einsatz militärischer Kräfte. Letzterer wird meist dann erwogen, wenn die Sicherheit in großem Ausmaß als gefährdet erscheint, Frieden wiederhergestellt oder eine humanitäre Katastrophe verhindert werden soll.

Neue Herausforderungen

Die Auswirkungen der Globalisierung stellen an das Konfliktmanagement immer höher Anforderungen. Aufgrund der internationalen Vernetzung werden Lösungsansätze immer komplexer. Die Bandbreite des Krisen- und Konfliktmanagements reicht von humanitärer Hilfe über Beratungstätigkeit (z.B. Reform des Sicherheitsbereiches) bis zum Trennen von Konfliktparteien. Umfassendes Konfliktmanagement aus sicherheitspolitischen Gründen bedeutet auch den Einsatz in geographisch weit entfernten Gebieten. Ein berühmtes Beispiel dafür ist der Satz des ehemaligen deutschen Verteidigungsministers Peter Struck: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“. Damit wird neben der Verantwortung zum weltweiten Schutz der Menschenrechte auch die Notwendigkeit zur Vermeidung negativer Auswirkungen auf die eigene Gesellschaft verdeutlicht. Beiträge zur Deeskalierung, egal in welcher Form und in welcher Region, gewinnen daher zunehmend an Bedeutung. Die Notwendigkeit umfassender Friedenslösungen erfordert oftmals neue oder adaptierte sicherheitspolitische Partnerschaften.

„For the United Nations, there is no higher calling than the peaceful resolution of conflict.“

Ban Ki-moon, UNO-Generalsekretär

Moderne Massenkommunikation macht es möglich, dass die Bevölkerung im Interventionsgebiet mit der Gesellschaft in der Heimat der Soldaten über Medien kommunizieren können. Sie können sowohl die positiven Aspekte eines Einsatzes hervorheben, aber auch die dort eingesetzten Soldaten bedrohen. Diese Drohungen müssen nicht unbedingt umgesetzt werden. Aber die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass die Bevölkerung in den Heimatländern durchaus sensibel reagieren und Auslandseinsätzen kritischer gegenüberstehen.

Methoden und Instrumente

Die Instrumente im Krisen- und Konfliktmanagement sind vielfältig. Sie reichen von politischen Einflussnahmen durch diplomatische Bemühungen (Vermittlungsversuche und Schlichtungen), wirtschaftlichen Hilfestellungen und/oder Sanktionen bis zum stärksten Instrument, nämlich militärischen Interventionen aus humanitären Gründen – mit und ohne Einverständnis des betroffenen Landes.

Der Wunsch nach Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen bzw. der Wiederaufbau und die Stärkung demokratischer und wirtschaftlicher Strukturen stehen bei allen Missionen im Vordergrund. Deshalb wird versucht, Krisen bereits vor einer gewaltsamen Eskalation zu bewältigen. Mediation ist dabei ein wesentlicher Bestandteil im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement.

Die EU stützt sich in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) auf zivile und militärische Mittel zur Friedenssicherung und Konfliktverhütung. Dadurch sollen gewaltsame Konflikte vermieden und die internationale Sicherheit „in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen“ erhalten bzw. wieder hergestellt werden. In diesem Zusammenhang wird neben der internationalen Zusammenarbeit auf die Einhaltung der Menschenrechte besonderer Wert gelegt. Die Zuständigkeit in der GASP erstreckt sich auf alle Bereiche der Außenpolitik sowie auf sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Sicherheit der Union. Um diese politischen Zielsetzungen umsetzen zu können, bedient sich die EU der so genannten „Petersbergaufgaben“, die ein Stufenmodell des internationalen Krisen- und Konfliktmanagements darstellen:

- ⇒ humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze,
- ⇒ friedenserhaltende Aufgaben sowie
- ⇒ Kampfeinsätze zur Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.

Diese Aufgaben wurden 2007 (Vertrag von Lissabon) um folgende Komponenten erweitert:

- ⇒ gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen,
- ⇒ Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung,
- ⇒ Aufgaben der Konfliktverhütung und der Erhaltung des Friedens.

Die UNO unterscheidet im Wesentlichen fünf Ebenen des Krisen- und Konfliktmanagements. Diese Instrumente überschneiden und ergänzen sich in Teilbereichen und sind nicht als lineare Abfolge zu verstehen:

Konfliktprävention beinhaltet neben diplomatischen auch strukturelle Maßnahmen wie Armutsbekämpfung, Demobilisierung und Entwaffnung, Herstellung und Wahrung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie die Etablierung von demokratischen Strukturen.

Peacemaking bedeutet diplomatische und politische Maßnahmen zur Beilegung von Konflikten am Verhandlungstisch.

Peace Enforcement schließt Zwangsmaßnahmen (auch militärische) zur Trennung von Konfliktparteien und zur Beendigung von Konflikten auf strategischer Ebene mit Zustimmung des UN-Sicherheitsrates mit ein.

Im **Peacekeeping** bildet das Militär immer noch das Rückgrat von UN-Missionen, jedoch erweitert sich der Aufgabenbereich vom bloßen militärischen Beobachten eines Waffenstillstandes zu vielschichtigen Maßnahmen. Zahlreiche Experten (Polizisten, zivile Beobachter, Spezialisten für Regierungsführung und Menschenrechtsexperten) verstärken die militärischen Anstrengungen. Peacekeeping Operationen werden auf Basis eines Mandats des UN-Sicherheitsrats und mit Einverständnis der Konfliktparteien durchgeführt. Militärische Gewalt wird nur auf taktischer Ebene zur Durchsetzung des Mandates und zur Selbstverteidigung eingesetzt.

Peacebuilding dient der Stärkung von staatlichen Institutionen und Kapazitäten, um das erneute Aufflammen eines Konfliktes zu verhindern.

Die NATO ist der militärisch wichtigste Akteur in Südost-Europa und Afghanistan. Die Instrumente ähneln jenen der UNO. Im Vergleich zur EU und zur UNO fehlen der NATO allerdings zivile Komponenten.

Akteure

Aufgrund diffuser Akteurskonstellationen und unüberschaubarer Herausforderungen muss internationales Krisenmanagement mit komplexen und multidimensionalen Missionen auf Krisen- und Konfliktsituationen reagieren. Generell kann zwischen regionalen, nationalen, internationalen, staatlichen, nicht staatlichen, aber auch militärischen und privaten Akteuren unterschieden werden. Die Vielschichtigkeit der Beziehungen (z.B. zwischen den Konfliktparteien, Konfliktparteien

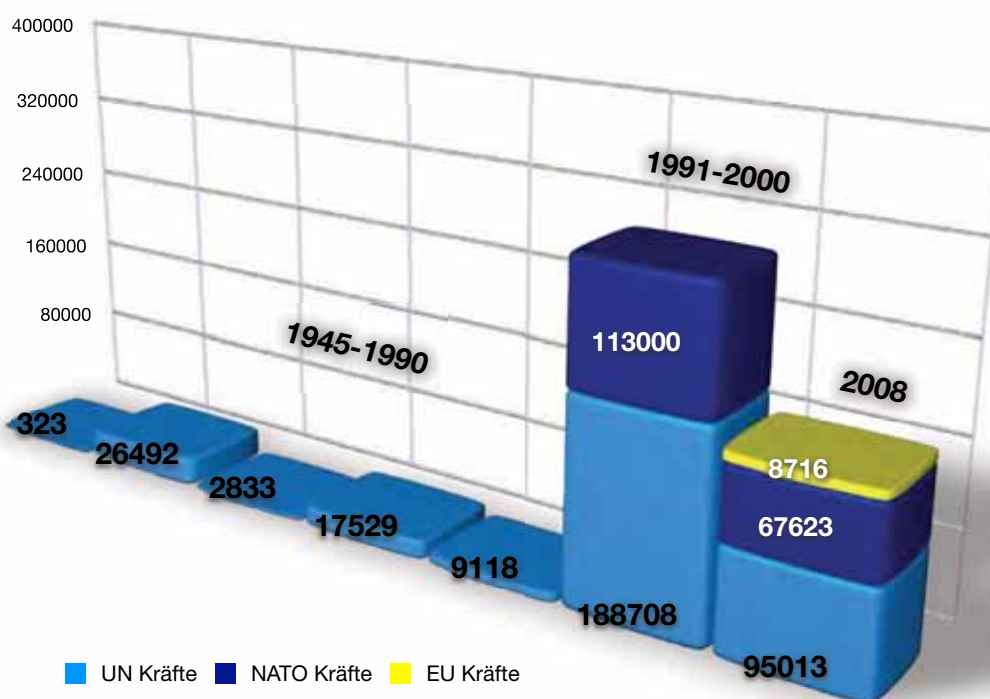
und Nachbarstaaten, Konfliktparteien und Kräften des Krisenmanagements) und unterschiedliche Rahmenbedingungen (z.B. nationale Gesetzgebungen) stellen für das Zusammenwirken im Krisenmanagement eine besondere Herausforderung dar. Zusätzlich muss auch berücksichtigt werden, dass die Zielsetzungen, Methoden und Strategien der Akteure nicht notwendigerweise ident sind.

Trends im Konfliktmanagement

Im Krisen- und Konfliktmanagement lassen sich mehrere Trends für die Zukunft erkennen. Eine umfassende Strategie verlangt von Friedensmissionen eindeutig den Einsatz von mehr Kräften, um den Herausforderungen gerecht werden zu können. Darüber hinaus werden sie länger dauern, da zu früh beendete Missionen in 50% der Fälle zu einem Wiederaufflammen des Konfliktes geführt haben. Um eine Nachhaltigkeit der Anstrengungen gewährleisten zu können, werden verschiedene Formen der Kooperation notwendig sein.

Aber nicht nur Staaten und/oder Organisationen werden kooperieren, sondern auch der Trend zur zivil-militärischen Zusammenarbeit wird sich verstärken, besonders dann, wenn die Nachhaltigkeit der Maßnahmen gewährleistet sein soll. Die Lehren aus dem Engagement am Balkan zeigen, wie wichtig der Einsatz ziviler Experten für den Wiederaufbau ist. Aus diesem Grund werden komplexe Konfliktsituationen daher künftig als gemeinsame Herausforderung von Streitkräften und zivilen Kooperationspartnern (Regierungsorganisation genauso wie NGOs) zu sehen sein. Theoretische Konzepte von ziviler Hilfe unter Abstützung auf militärische Absicherung bedürfen

Internationale Peacekeepingkräfte



Grafik: IFK

nicht nur eines neuen Verständnisses von zivil-militärischer Zusammenarbeit. Für Streitkräfte bedeutet dies auch einen breiten Transformationsprozess zu neuen Aufgaben (vom Kämpfer zum Konfliktmanager), wobei „alte“ Fertigkeiten nicht verloren gehen sollten.

UNO

Seit die UNO im Jahr 1948 ihre erste Mission autorisierte, fanden weltweit 63 Friedensmissionen statt. Da das Konzept während des Kalten Krieges geschaffen worden war und Auseinandersetzungen zwischen den beiden Blöcken oft zu gegenseitigen politischen Blockaden geführt haben, waren die Aufgaben in diesem Zeitraum im Wesentlichen auf die Überwachung von Waffenstillstandsabkommen bzw. Stabilisierungsaufgaben beschränkt. Dies sollte politische Lösungen für gewaltsame Konflikte ermöglichen. In den meisten Fällen wurden Militärbeobachter und leicht bewaffnete Truppen eingesetzt.

Mit dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich auch für die UNO das Aufgabenspektrum von den „klassischen“ Missionen mit rein militärischen Aufgaben zu komplexen „multidimensionalen“. Die UNO sieht ihre Aktivitäten und Programme jedoch nicht statisch, sondern versucht, ihre Instrumente den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen. Das Spektrum der Tätigkeiten reicht von der Bildung nachhaltiger Institutionen über Menschenrechtsbeobachtung zu Sicherheitssektorreform (SSR) und Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DDR) ehemaliger Kombattanten. Durch das veränderte Konfliktbild ergaben sich für die UNO ebenfalls Änderungen in der Konzeption ihrer Friedensmissionen. Die Mechanismen waren für zwischenstaatliche Konflikte entwickelt worden und werden nun auch im Bereich innerstaatlicher Konflikte und Bürgerkriege angewendet. Die militärische Komponente bildet zwar nach wie vor das Rückgrat der meisten UNO-Missionen, durch das erweiterte Spektrum an Aufgaben werden aber auch Administratoren, Polizisten, Rechtsexperten sowie Spezialisten für den Aufbau von Verwaltung, Kommunikation und öffentliche Information benötigt. Um die zahlreichen Aufgaben bewältigen zu können, stützt sich die UNO vermehrt auf regionale Sicherheitsorganisationen wie z.B. NATO und OSZE ab.

“... we can meet those new threats that demand even greater effort, even greater cooperation and understanding between nations.”

Barack Obama, US-Präsident

OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist mit 56 Mitgliedsstaaten aus Europa, Zentralasien und Nordamerika die größte regionale Sicherheitsorganisation der Welt. Sie wurde in den 1970er Jahren während des Kalten Krieges als multilaterales Gesprächsforum zwischen Ost und West gegründet. Die Mitgliedstaaten haben unabhängig von ihrer Größe und ihrer politischen Einflussmöglichkeiten denselben Status. Entscheidungen werden durch Konsensbildung herbeigeführt und sind politisch, aber nicht rechtlich bindend.

Die OSZE zählt Frühwarnung, Konfliktprävention, Krisenmanagement und Wiederaufbau zu ihren primären Aufgaben. Missionen der OSZE gibt es derzeit in Südosteuropa, Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien. Im Vordergrund stehen politisch-militärische Sicherheit, wirtschaftliche und Umweltsicherheit sowie Human Security (menschliche Sicherheit). Vor diesem weiten Hintergrund stellt sich die OSZE eine Reihe von Aufgaben: Waffenkontrolle, Vertrauen und Sicherheit bildende Maßnahmen, Menschenrechte, aber auch Schutz von Minoritäten, Demokratisierung, politische Strategien und Terrorismusbekämpfung.

EU

Die Europäische Union hat im Dezember 2000 in Nizza politische und militärische Strukturen beschlossen, um den Herausforderungen des internationalen Krisenmanagements gerecht zu werden. Dazu gehören

- ⇒ das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK),
- ⇒ der Militärausschuss der EU (EUMC),
- ⇒ der Militärstab der EU (EUMS) sowie
- ⇒ der zivile Planungs- und Durchführungsstab (CPCC).

Seit 2003 führt die EU Krisenmanagement-Operationen in folgenden Bereichen durch: Polizeimissionen (Bosnien und Herzegowina, Mazedonien), Militäroperationen (Mazedonien, Demokratische Republik Kongo), Rechtsstaatsmissionen (Georgien, Irak), zivile Grenzunterstützungsmissionen (Georgien), Polizei-Beratungsmissionen (Demokratische Republik Kongo), Sicherheitssektorreform-Missionen (Demokratische Republik Kongo), Beobachtermissionen (Aceh/Indonesien) und Grenzbeobachtermissionen (Rafah/Gazastreifen).



KFOR - Checkpoint im Kosovo



Absprachen zwischen multinationalen Einsatzkräften beim Erdbebeneinsatz in Pakistan Oktober 2005

Die EU unterstützt aber auch Regionalorganisationen, wie zum Beispiel die Afrikanische Union (AU) und deren Aktivitäten in

Darfur/Sudan. Die EU stellte für die African Union Mission in Sudan (AMIS) finanzielle Mittel zur Verfügung, damit diese Mission überhaupt stattfinden konnte und war in der Beratung und Ausbildung von Polizisten der AU tätig.

Aber nicht nur in Afrika, auch in Asien kooperiert die EU. An der Beobachtermission in Aceh/Indonesien beteiligten sich einige Staaten der ASEAN (Association of Southeast Asian Nations). Die EU überwachte von September 2005 bis Dezember 2006 auf Ersuchen der beiden Konfliktparteien die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der indonesischen Regierung und der Bewegung Freies Aceh (GAM).

Weitere engagierte Regionalorganisationen

Neben den oben angeführten Organisationen verstärken weitere Regionalorganisationen ihr Engagement im Krisen- und Konfliktmanagement. Besonders ambitioniert geht die Afrikanische Union (AU) an den Aufbau von Krisenmanagement-Kapazitäten. Sie ist bzw. war in mehreren afrikanischen Konflikten aktiv (z.B. in Somalia/AMISOM) und engagiert sich gemeinsam mit der UNO in so genannten gemischten Missionen (z.B. im Sudan/UNAMID).

Resümee

Die nach dem Ende des Kalten Krieges aufgekommene Hoffnung auf eine friedlichere Welt hat sich nicht erfüllt. Vielfältige neue Bedrohungsformen sowie neue globale, regionale und lokale Akteure bedeuten auch neue Herausforderungen. Der Sicherheitsbegriff unterliegt einem Wandel. Die Sicherheit des Individuums erhält zunehmende Bedeutung und kann der Sicherheit des Staates bei schweren Menschenrechtsverletzungen übergeordnet werden. 2005 wurde erstmals die Schutzverpflichtung (Responsibility to Protect) gegenüber dem Einzelnen als ethisch-moralische Verpflichtung formuliert. Staaten haben die primäre Verantwortung, ihre eigene Bevölkerung zu schützen. Falls ein Staat dazu nicht in der Lage ist (z.B. schwache und gescheiterte Staaten), seine Bevölkerung zu schützen, hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung zu handeln.

Umfassendes Krisen- und Konfliktmanagement wird in der nächsten Dekade durch lokale und regionale Konflikte mit globalen Auswirkungen bestimmt werden. Es ist daher zu erwarten, dass internationale Verpflichtungen für einzelne Staaten nicht sinken, sondern im Gegenteil zunehmen werden. In diesem Zusammenhang wird Streitkräften in Zusammenarbeit mit zivilen Kräften eine wesentliche Rolle zukommen. Das gemeinsame Aufgabenspektrum wird weit über jene Kooperationen hinausgehen, die derzeit im internationalen Krisenmanagement üblich sind. Dieser Trend hat sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet und wird sich in der nächsten Zeit fortsetzen.

Um den gegenwärtigen sicherheitspolitischen Herausforderungen adäquat begegnen zu können, werden auch die Aufgaben

umfassender und komplexer. Die internationale Gemeinschaft wird in Zukunft vermehrt versuchen, gewaltsame Konflikte am Ort ihrer Entstehung einzudämmen, um ein Übergreifen auf andere Regionen zu verhindern. Ein Ineinandergreifen von Sicherheit und Entwicklung wird dabei unabdingbar sein, um substantielle Verbesserungen erreichen zu können. Allerdings zeichnet sich nicht ab, dass die gegenwärtigen Herausforderungen von irgendeinem Staat ohne Partner gelöst werden können. Das bedeutet, dass im internationalen System künftig vermehrt kooperiert werden muss.

“This is the European way of doing things: a comprehensive approach to crisis prevention and crisis management; a large and diversified tool box; a rapid response capability; playing our role as a global actor.”

Javier Solana, EU - Chefdiplomat

Denn in absehbarer Zeit wird es immer stärker darauf ankommen, Sicherheit vor Ort zu erzeugen, um einen unfreiwilligen „Konfliktimport“ zu verhindern. Auch die EU – und somit ihre Mitgliedstaaten – wird einen maßgeblichen Beitrag zu Sicherheit und Frieden zu leisten haben.



Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich

Fragile Staaten oder aus Bürgerkriegen hervorgegangene Quasi-Staaten werden in der westlichen Welt wegen der zunehmenden Internationalisierung von Risiken wie Proliferation, organisierter Kriminalität oder Terrorismus immer mehr als potenzielle Gefahr für die eigene nationale Sicherheit wahrgenommen. Die Publikation analysiert die unterschiedlichen Zugänge zum Nation- und State Building sowohl bei den lokalen Akteuren als auch von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft.



Krisen und humanitäre Katastrophen – Internationales Krisenmanagement in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik

Diese Publikation stellt die Konfliktkonstellationen in der Grenzregion Tschad, Sudan und Zentralafrikanische Republik dar und beleuchtet die historischen Gründe für die Konflikte ebenso wie die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft.



Small Arms - Big Problem

Kleinkaliberwaffen werden oft als die wirklichen Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Sie spielen eine zentrale Rolle in Bürgerkriegen, Staatszerfall, Kriminalität und Terrorismus und vereiteln entwicklungspolitische Maßnahmen. Die von Peter Hazdra herausgegebene Publikation gibt einen Einblick in internationale Strategien und Konzepte über den Umgang mit dem „kleinen großen“ Problem.



Islam, Islamismus und Islamischer Extremismus

Die Reaktionen der Medien auf die vereitelten Terroranschläge der letzten Zeit in Deutschland sowie die Verhaftung von potentiellen Angehörigen einer al-Qa'ida nahen Terrorzelle in Österreich verdeutlichen den Informationsbedarf in der Gesellschaft, was den Islam anbelangt.

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement

Das Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement (IFK) wurde 1999 gegründet. Es ist eine Forschungsabteilung der Landesverteidigungsakademie (LVAk) des österreichischen Bundesheeres. Die drei Kernaufgaben des Institutes sind:

- Beiträge zur Politikberatung
- Forschung und Lehre
- Öffentlichkeitsarbeit

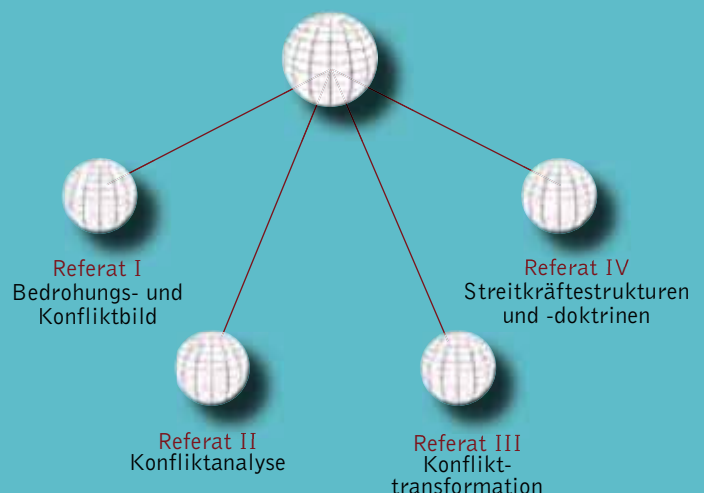
• **Bedrohungs- und Konfliktbild:** Dieses Referat befasst sich mit der Erforschung aktueller und erwartbarer Phänomene aktueller und künftiger bewaffneter Konflikte. Nach den Ereignissen vom 11. September 2001 stellen der internationale Terrorismus und dessen Bekämpfung ein zentrales Forschungsgebiet dar.

• **Konfliktanalyse:** Der Forschungsschwerpunkt in diesem Referat liegt im Vergleich bewaffneter Konflikte und deren Ursachen. Die Akteure, ihre Zielsetzungen, Interessen, Strategien und Mittel stehen im Zentrum der Betrachtung.

• **Konflikttransformation:** Dieses Referat beschäftigt sich mit den Theorien und der Auswertung praktischer Erfahrungen zu Früherkennung, Prävention, Steuerung, Beendigung und Aufarbeitung von Konflikten. Besondere Berücksichtigung findet die Rolle von Streitkräften bei der Bewältigung der verschiedenen Konfliktphasen.

• **Streitkräftestrukturen und -doktrinen:** In diesem Referat werden Anforderungsprofile und Konzepte analysiert, die Streitkräfte zu friedenssichernden Einsätzen befähigen sollen. Erfahrungen aus früheren Missionen und erwartbare Konfliktbilder stellen dafür die Basis dar.

INSTITUTSLEITUNG



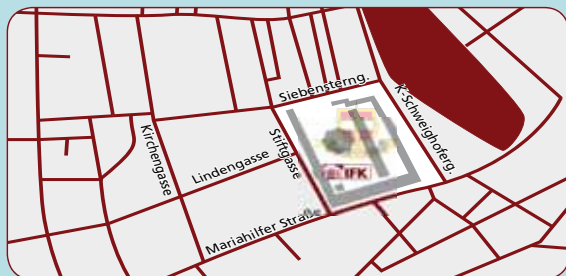
Geplante Publikationen 2009 (Auswahl):

- ⇒ Zukünftige Konfliktbilder im Lichte strategischer Konzepte
- ⇒ Security and Development: Economic Impacts of Crisis Response Operations

Sie finden unsere BMLVS - Publikationen auch im Internet auf unserer Homepage unter <http://www.bmlvs.gv.at/organisation/beitraege/lvak/ifk/ifk.shtml>

So kommen Sie zu uns:

- Nähe U3-Station Neubaugasse, Ausgang Stiftgasse
- Kreuzung: Innere Mariahilferstraße (Höhe Nr. 30) / Stiftgasse



Kontakt:

Landesverteidigungsakademie Wien
Institut für Friedenssicherung
und Konfliktmanagement

AG Stiftgasse 2a
Akademietrakt 2. Stock, Süd-Risalit
1070 Wien
ÖSTERREICH

tel.	+43 (0) 50201 10 28701
fax	+43 (0) 50201 10 17262
e-mail	lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Impressum

Eigentümer, Verleger und Hersteller:
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE
Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport
AG Stiftgasse 2a, 1070 Wien
Tel. +43 (0) 50201 10 28700

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:
Brigadier Dr. Walter Feichtinger

Redaktion:
Dr. Walter Feichtinger, Dr. Gerald Hainzl,
Mag. Anton Dengg

Designkonzept und Layout:
Medienstelle
Alexander Erb

Grafik:
Alexander Erb

Herstellung:
BMLVS / Heeresdruckerei Arsenal, 1030 Wien -
Nachdruck genehmigt; Bilder urheberrechtlich geschützt

E-Mail: lvak.ifk@bmlvs.gv.at

Autoren:



Oberst Mag. Anton Dengg

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste Beiträge und hielt Vorträge zum Thema Terrorismus und Terrorismusabwehr im In- und Ausland. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit Konflikt- und Bedrohungsbild sowie kritischer Infrastruktur.



Dr. Gerald Hainzl

Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Afrika-Experte am Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement der Landesverteidigungsakademie. Er verfasste zahlreiche wissenschaftliche Publikation zu Krisen und Konflikten in Afrika. Im Rahmen seiner Tätigkeit beschäftigt er sich mit afrikanischer Sicherheitspolitik, Konfliktforschung sowie afrikanischen Regionalorganisationen.

Die Publikation entstand mit besonderer Unterstützung von Kristof Steiner und Constantin Lager